

Leserbrief zum Artikel

„Kein Beschluss über Windrad-Flächen“ vom 03.03.2013

Nun ist die Katze also aus dem Sack: Nur 750 m Abstand zur Wohnbebauung will der Landkreis bei zukünftigen Windparks im neuen Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) vorschreiben.

Das Land Niedersachsen empfiehlt dagegen schon seit Jahren 1000 Meter! Dabei werden die zukünftigen Windkraftanlagen mit ca. 200 m Höhe ungefähr die doppelte Abmessung der derzeitigen Windräder erreichen.

Angemessen wären deshalb mindestens 1500 m Abstand zu Wohnhäusern.

Wenn man Jürgen Flory – mitverantwortlicher Planer für den Entwurf des RROP – richtig interpretiert, ist der Landkreis stellenweise eben zu dicht besiedelt für diese Mindestabstände.

Ist man also selber schuld, wenn man in den engen Tälern des schönen Südkreises wohnt?

Zu kurz gedacht, liebe Planer des RROP: Gerade hier im strukturschwachen Bereich zwischen Elze, Bockenem und Freden herrscht schon heute ein starker Bevölkerungsrückgang.

Wer hier wohnen bleibt, tut das aus Verbundenheit zur einzigartigen und unberührten Landschaft, zur Heimat eben.

Warum sollte man aber zwischen monströsen Industrieanlagen wohnen müssen? Denn das sind diese „Windparks“ der neuen Dimension.

Abwanderung und menschenleere Dörfer werden die Folge sein.

Arbeitsgruppe

Kein Windpark Heinum

Ausschuss vertagt Entscheidung über Raumordnung

Kein Beschluss über Windrad-Flächen

(iv) Landkreis. Der Name klingt nicht sexy, aber viele warten darauf, dass es beschlossen wird: das Regionale Raumordnungsprogramm für den Landkreis Hildesheim. In ihm wird unter anderem geregelt, welche Flächen als Vorranggebiete für neue Windkraftanlagen ausgewiesen werden. Aber eben nicht nur das – und deshalb sahen sich die Mitglieder des Ausschusses für Kreisentwicklung und Infrastruktur am Montag außerstande, über den 150-Seiten-Entwurf abzustimmen.

Jürgen Flory als verantwortlicher Planer beim Landkreis wies einerseits darauf hin, dass dieser Entwurf zunächst in ein öffentliches Beteiligungsverfahren gegeben werde und noch verändert werden könne, andererseits aber parallel laufende Planungen auf Grundlage des Entwurfs weitergeführt werden könnten, wenn dieser beschlossen sei. Für manche Ausschussmitglieder war dies ein nicht aufzulösender Widerspruch. Momentan liege der Entwurf nur den politischen Gremien vor, für das Beteiligungsverfahren müsse er an rund 200 Stellen verschickt werden,

sagte Verwaltungsmitarbeiter Rainer Poelmann. Was Grünen-Ratsherr Ekehard Domning zu der Bemerkung veranlasste: „Je mehr davon gedruckt sind, desto weniger können wir etwas daran ändern.“

Vieles könne man ohnehin nicht ändern, weil es durch Landesgesetzgebung vorgegeben sei, sagte Flory. Daraufhin baten die Abgeordneten um eine Übersicht über die Stellen, die sie beeinflussen können.

Ralf-Manfred Lehne (CDU) machte klar, dass er Probleme mit der Nabenhöhe der geplanten Windräder und dem vorgesehenen Abstand von 750 Metern zur Wohnbebauung habe. Aus dem gleichen Grund waren auch mehrere Zuhörer zu der Sitzung gekommen, unter anderem von der Initiative „Kein Windpark Heinum“. Hierzu sagte Flory, dass der Abstand in jedem Einzelfall in einem Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz geregelt werde. Auch die Gemeinden hätten Einfluss auf den Mindestabstand. „Wenn wir ihn aber gleich auf 1.000 Meter erhöhen, fällt die Hälfte der Vorranggebiete heraus“, argumentierte Flory.